



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

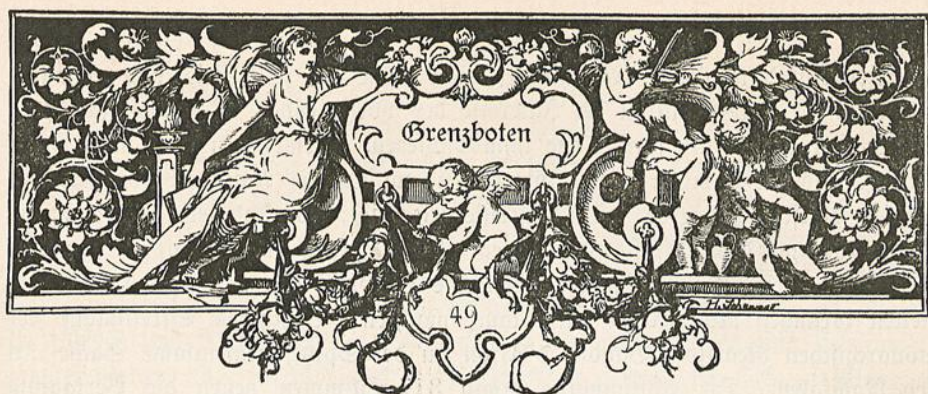
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Krisis in Paris.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Krisis in Paris.



ie Präsidentschaftskrisis in Frankreich hat ihren Fortgang genommen und sich erheblich verschlimmert. Zunächst ergriff die Krankheit auch das Ministerium Rouvier und führte dessen Rücktritt herbei. Es fiel wie die ihm vorausgegangenen Kabinette durch eine Verbindung der Radikalen und der äußersten Linken mit der Rechten der Kammer. Clemenceau hatte zuerst den Gedanken empfohlen, eine Abordnung an den Präsidenten der Republik zu entsenden, die ihn veranlassen sollte, seine Stelle als Oberhaupt des Staates niederzulegen, und obgleich Grevy nicht von der Kammer der Deputirten und noch viel weniger von der radikalen Minderheit derselben abhängt, erörterte die Anhängerschaft Clemenceaus den Gedanken ihres Führers allen Ernstes, bis Lockroy und einige andre Mitglieder der Gruppe darauf aufmerksam machten, daß dieses Vorhaben verfassungswidrig sei, und die Sache aufgegeben wurde. Grevy entging so dem Angriffe Clemenceaus, der es ihm niemals vergeben hatte, daß der Präsident bisher noch nie Neigung empfunden hatte, dem radikalen Parteihaupt die Bildung eines Kabinetts zu übertragen und ihn versuchen zu lassen, was er in verantwortlicher Stellung mit den von ihm bekannten Grundsätzen in der Verwaltung des Staates vermöge. Clemenceau ersah sich nun in Rouvier ein andres Opfer seines Grolles und setzte auf den 19. November ein Interpellationsbegehren in der Angelegenheit an, wobei er die Lage folgendermaßen kennzeichnete: „Es giebt bei uns keine Regierung, das Ministerium ist nicht in der Verfassung, republikanische Politik zu treiben, das Parlament ist der Führung der Rechten preisgegeben, die richterlichen Beamten des Staates befinden sich im Konflikte mit der Polizei, und die Verwaltung ist in vollständiger Unordnung.“ Rouvier stellte das sehr

Grenzboten IV. 1887.

58

bescheidene und natürliche Verlangen, man möge die so kräftig und ungestüm angekündigte Interpellation im Interesse der vorliegenden Maßregel zur Konversion der Rente für fünf Tage hinauschieben. Clemenceau aber blieb unbittlich, und die Kammer schlug, obwohl sie wußte, die Annahme von Clemenceau's Vorschlag werde die Amtsniederlegung des Kabinetts herbeiführen, die Forderung des Ministerpräsidenten ab. Obgleich eine Gruppe von Abgeordneten, geführt von dem Finanzmanne Baron Soubeyran, aus rein finanziellen Gründen Rouvier zu Hilfe kam, machten die hitzigen Streithähne der monarchischen Reaktion, Baudry d'Asson an der Spitze, gemeinsame Sache mit den Radikalen. Die Abstimmung ergab 317 Stimmen gegen die Vertagung der Interpellation Clemenceau's und nur 228 dafür. Die Mehrheit bestand aus 169 Republikanern und 148 Konservativen, während der Minister von 221 Republikanern und sieben Konservativen unterstützt wurde. Man wird aus dieser Darlegung ersehen, daß der Sieg über das Ministerium von Verbündeten erfochten wurde, die sich unter keinerlei Umständen über die Beute verständigen konnten. Wäre Clemenceau berufen worden, ein neues Kabinet zu bilden, und hätte er sich dazu herbeigelassen, so wäre er aller Wahrscheinlichkeit nach vor Ablauf einer Woche Rouvier im großen Totentanz der französischen Regierungen nachgefolgt; denn die Rechte hätte ihm nicht die geringste Unterstützung bei positiven Maßregeln zu Teil werden lassen, und er verfügt nur über die kleinere Hälfte der Republikaner. Dagegen war es möglich, daß sich zur Ersetzung Rouviers ein gemäßigter Republikaner fand; nur giebt es gegenwärtig keinen Namen der Art, welcher die beiden Zentren gegen die beiden äußersten Gruppen zu vereinigen imstande wäre. Ferry wird von der Rechten mit Mißtrauen angesehen, weil er früher stark gegen den Klerus aufgetreten ist, auch hält ihn die Welt für einen Mann von nicht wählerischem Gewissen. Übrigens würde seine Rückkehr ins Amt die Wut der Radikalen entfesseln und wahrscheinlich Barrikaden entstehen lassen. Freycinet erweckt durch seine Grundsätze kein Mißtrauen und ist persönlich beliebt, aber seine frühere Thätigkeit als Minister und der Umstand, daß er sich vor einigen Monaten weigerte, wieder Minister zu werden, wenn Boulanger nicht im Amte bleibe, haben den allgemeinen Eindruck verstärkt, daß er gefährlich, weil weich und nicht recht selbständig im Willen sei. Floquet ist unmöglich, weil er an maßgebender Stelle in Petersburg nicht Wohlgefallen findet. Ohne Zweifel giebt es noch andre Männer, mit denen sich die Lücke füllen ließe. Rouvier selbst war, als er Minister wurde, wenig bekannt, und in stark demokratischen Ländern ist es, wie die Auswahl der Präsidentschaftskandidaten in Amerika zeigt, zuweilen ein Vorteil, unbekannt zu sein. Aber wer auch der nächste Premier sein wird, die Lage in der Deputirtenkammer wird sich nicht ändern. Die Republikaner der verschiedenen Schattirungen bilden zwar als Ganzes entschieden die Mehrheit des Hauses, aber sie vermögen sich nicht über die eine oder die andre Politik zu verständigen und

allesamt einem Manne zu folgen. Die Royalisten und Imperialisten können vereint nach Belieben jedem Kabinet das Lebenslicht ausblasen, indem sie mit seinen radikalen Gegnern stimmen, aber sie können sich dann nicht entschließen, mit diesen das neue Kabinet zu unterstützen, auch sind sie untereinander nicht eines Sinnes, wenn es sich um die Person dessen handelt, welcher nach Herstellung der Monarchie die Krone tragen soll. Kurz, die französische Kammer gleicht gegenwärtig gewissen frühern Perioden des Kosmos. Es jagen allerlei Weltkörper und Nebelflecke mit gelegentlichen Zusammenstößen und Verschmelzungen umher, aber sie sind noch nicht abgekühlt genug, um sich zu Planeten oder Fixsternen zu verdichten.

Was Grevy betrifft, so ist der letzte Tag seiner Amtsführung nahe gekommen und, während diese Betrachtung in die Presse geht, wahrscheinlich bereits angebrochen, ja schon vorüber. Man pries ihn lange Zeit als reinsten Charakter unter den Staatsmännern der dritten Republik. Jetzt behauptet man fast das Gegentheil, weil sein Schwiegersohn Wilson in den Skandalprozessen der letzten Wochen eine bedenkliche Rolle gespielt hat und er ihn nicht von sich zu weisen den Mut fand. Um das Anstürmen gegen ihn zu rechtfertigen, müßte man ihm vorwerfen können, daß er selbst mit den Ehren und Würden des Staates schändliche Geschäfte getrieben hätte, und davon kann nicht die Rede sein. Man möchte ihn gehen heißen. Aber bis vor kurzem war er der Meinung, daß der Präsident der französischen Republik nach keiner gesetzlichen Bestimmung wie ein Ministerium beseitigt werden könne, sondern bis zu Ende seiner Beauftragung durch den Kongreß unabsehbare und unverdrängbar im Amte bleiben müsse. Er weigerte sich also beharrlich, seine Entlassung daraus zu verlangen, wobei er zugleich von der Erwägung geleitet wurde, daß er nicht die Hand dazu bieten dürfe, einen Präzedenzfall zu schaffen, der seinen Nachfolgern verhängnisvoll werden und den zufälligen Kammermehrheiten die Befugnis verschaffen würde, die Präsidenten von ihrem Posten zu vertreiben wie bloße Minister und damit eine Ära gesetzlicher Anarchie zu begründen. Die Parteiführer wissen nun sehr wohl, daß sie mit einem Feuer auf die Festung den darin wohnenden nicht zur Kapitulation nötigen können, und so versuchen sie es, eine Bresche zu schießen, d. h. sie weigern sich sämtlich, die Neubildung eines Ministeriums zu übernehmen, sodaß Grevy schließlich sein Amt nicht weiter führen kann, weil er die dazu erforderlichen verantwortlichen Räte nicht hat. Er hatte sich zuerst an Freycinet gewendet, der stets bei Ministerstürzen als zukünftiger Hauptspieler in der Coullisse steht, jetzt aber ablehnte. Dann wurde Clemenceau, der Rouvier beseitigt hatte, berufen, erwiderte jedoch auf die Aufforderung, Premier zu werden, Herr Grevy sei stets ein echter Republikaner gewesen, er möge jetzt der Republik, deren Ansehen wie das seinige durch Wilson gelitten habe, einen letzten Dienst erweisen, indem er zurücktrete. Es lasse sich vor Lösung der Präsidentschafts-

frage kein Kabinet bilden. Bald darauf hatte Grevy eine zweite Unterredung mit Clemenceau, der die frühern Minister Freycinet und Goblet, sowie der Kammerpräsident Floquet bewohnten und in der alle vier Notabilitäten Grevy die Notwendigkeit seines Rücktrittes darlegten. Tags darauf beriet er sich mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Brisson, der ihn zunächst daran erinnerte, daß er in der Gruppe der „Unabhängigen“ die Ansicht vertreten habe, niemand sei befugt, den Präsidenten der Republik zum Aufgeben seines Amtes aufzufordern, und dann hinzufügte, dieser Ansicht huldige er noch jetzt, aber die Bildung eines Kabinetts müsse er abschlagen. In seiner Verlegenheit wandte sich der bedauernswerte alte Herr an den Senator Leroyer um Beistand, der aber sich gleichfalls weigerte, zu helfen. Dagegen fand sich später Ribot dazu geneigt. Die gegenwärtige Lage wird für den richtigen Pariser ohne Zweifel ihre Reize haben. Der Versuch, den Präsidenten der Republik zum Rücktritt zu zwingen, schmeckt einigermaßen nach Revolution. Als Frankreich 1871 bis 1873 ohne formelle Regierung war, sagte ein Pariser Witzbold: „Wir müssen eine Verfassung haben, um uns gegen sie verschwören zu können.“ Ein Ministerium zu stürzen ist bei der Herrschaft des Parlamentarismus kein großes Kunststück. Unter der Präsidentschaft Grevys, d. h. seit dem 30. Januar 1879, haben sich nicht weniger als zwölf Ministerien einander abgelöst (Waddington, Freycinet, Ferry, Gambetta, Freycinet abermals, Duclerc, Fallieres, Ferry zum zweiten male, Brisson, Freycinet zum dritten male, Goblet und Rouvier). Die durchschnittliche Dauer dieser Kabinette betrug ungefähr neun Monate, das längste war das zweite Ferrysche, es lebte sechsundzwanzig Monate, das kürzeste, welches kaum drei Wochen bestand, hatte Fallieres zum Vorsitzenden, dasjenige Gambettas erhielt sich auch nicht lange auf den Beinen, nämlich etwa sechs Wochen. Das Ganze nimmt sich wie eine Art Regelschieben aus. Aber das Vergnügen, mit der parlamentarischen Regelfugel einen Präsidenten der Republik umzuwerfen, ist schöner, es hat all das Interesse für sich, das sich bei dem Pariser an neue, sensationelle und verfassungswidrige Dinge knüpft. Die Verfassung gestattet Herrn Grevy mit aller Bestimmtheit, noch fünf Jahre auf dem Stuhle des Staatsoberhauptes zu sitzen, es giebt kein gesetzliches Mittel, ihn davon zu vertreiben, nur Hochverrat gäbe einen Grund dafür, und den hat er nicht begangen; deshalb hat es aber nur mehr Anziehendes, ihn zum Rücktritte zu drängen, weil er einen unsaubern Schwiegersohn zu besitzen das Unglück hat. Es hat eben einen Zauber, sich an Regel und Gesetz nicht zu kehren. Jetzt ist es nur ein persönlicher Druck und wird in mehr oder minder freundschaftlicher Weise von Leuten betrieben, welche einst Minister des Präsidenten waren, daneben von Clemenceau, der Minister werden sollte; aber es sind Anzeichen vorhanden, die auf die Möglichkeit deuten, daß die steigende Flut jeden Tag in der Kammer oder außerhalb derselben zu gewaltthätigen Rundgebungen führt. Je mehr diese einer Revolution ähneln werden, desto willkommener

werden sie der öffentlichen Meinung von Paris sein, in welcher die Erinnerung an eine fast hundertjährige Reihenfolge von verfassungstürzenden Aufständen und Staatsstreichen wie eine Erbschaft lebt und arbeitet. Die Söhne derer, die für oder gegen die Kommune kochten, beginnen sich jetzt am öffentlichen Leben zu beteiligen. Ihre Väter erbten ihren unruhigen Geist von den Aufständischen von 1848. Diese wieder stammten von den „Helden“ der Julitage von 1830, und die Leute, welche Karl den Zehnten vertrieben, waren Söhne der Königsmörder, welche Ludwig den Sechzehnten und Marie Antoinette aufs Schaffot sandten. Die Revolutionsucht sitzt im Charakter der Pariser wie die Erbssünde. Von ihrem Stadthause wurde der Fall von drei Königen und zwei Kaisern ausgerufen, und jeder Tag kann jetzt sehen, wie ein Pöbelhaufe das Verschwinden eines Präsidenten erzwingt und bejubelt. Die Municipalität hat sich bereits für eine Krisis vorgesehen, indem sie einen Wohlfahrtsausschuß gebildet hat, der aus den alten Kommunalen, welche in der Körperschaft die Mehrheit ausmachen, und aus acht Mitgliedern der äußersten Linken in der Deputiertenkammer besteht. Er hat Befehl, „sich bereit zu halten zur Organisation der Streitkräfte der republikanischen Partei für alle Fälle.“ Das sind Sturmvögel am Gesichtskreise, welche eine Katastrophe befürchten lassen, die, wenn sie ausbricht und mit dem Siege der Roten endigt, die Wiederaufrichtung der Kommune oder doch die Bildung einer neuen, noch demokratischeren Republik zur Folge haben wird. Das sind Möglichkeiten sehr ernster Natur in einer Zeit, wo Frankreich die persönliche Achtung vor seinem Präsidenten verloren hat und nur auf die Dienste eines Ministeriums von der Art der Eintagsfliegen rechnen kann.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß es in Frankreich seit 1789 nur eine einzige gesetzmäßige Regierungsfolge gegeben hat. Ludwig der Achtzehnte starb ruhig in seinem Bette und hatte seinen Bruder Karl den Zehnten zum Nachfolger, der sich aber der Krone nicht lange erfreute und in einer Revolution verschwand. Ludwig ist die einzige Ausnahme von der traurigen Regel. Die Männer, die im Jahrzehnt von 1789 bis 1799 herrschten, verloren ihre Macht allesamt durch Gewaltthat. Der König starb unter der Guillotine, Robespierre desgleichen, das Direktorium wurde von Bonaparte mit Bajonetten verjagt. Napoleon der Erste verschied auf Sankt Helena ohne Thronerben, Ludwig Philipp in der englischen Verbannung gleichermaßen. Die Republik von 1848 ging im Blutvergießen des 2. Dezember unter, Napoleon der Dritte in der Niederlage bei Sedan. Thiers wurde durch eine Abstimmung in den Kammern zu plötzlicher Amtsniederlegung genötigt, Macmahon, der ihm auf dem Präsidentenstuhle folgte, mußte sich vor Ablauf seines Septennats ebenfalls ins Privatleben zurückziehen. Jetzt ist an Grevy die Reihe: er soll sein zweites Septennat unvollendet lassen und einem Drucke weichen, der moralisch zu entschuldigen ist, sich aber nicht mit der Verfassung rechtfertigen läßt. Und

wunderlicherweise wird Grevy hier mit seiner eignen Weisheit bedient. Heute legt er den höchsten Wert auf die Würde und Unabhängigkeit des Präsidenten. In der Nationalversammlung von 1848 aber stellte er den Antrag, der Republik keinen Präsidenten zu geben, sondern die betreffende Stelle des Verfassungs-entwurfs folgendermaßen lauten zu lassen: „Die Nationalversammlung überträgt die vollziehende Gewalt einem Bürger, welcher den Titel eines Präsidenten des Ministerrates führt. Der Präsident des Ministerrates wird von der Nationalversammlung in geheimer Sitzung und mit Stimmenmehrheit gewählt. Er wird für unbestimmte Zeitdauer ernannt, kann jedoch jederzeit abberufen werden.“ Am 6. Juni 1848 begründete Grevy diesen Antrag mit einer Rede, in welcher er u. a. sagte: „Sind Sie denn sicher, daß in der Reihe der Personen, welche sich auf dem Präsidentenstuhle folgen werden, lauter echte Republikaner sein werden, die sich herabzustiegen beeilen? Wissen Sie bestimmt, daß nicht einmal ein Ehrgeiziger kommen wird, der sich vornimmt, sich für immer darauf zu behaupten? Geben Sie Frankreich einen Regenten, den es nach Belieben wechseln kann, ein Kabinet, das es durch Abstimmung beseitigen kann, und es kann es bei der Macht belassen, weil es keinen Reiz haben wird, es zu stürzen, und weil eine so eingerichtete Verwaltung niemals der Freiheit gefährlich sein kann.“ Diese Vorsicht rechtfertigte sich 1851, als Napoleon die Republik erwürgte, und ist auch heute noch am Plage, wo im Elysee ein Präsident wohnt, der seinen moralischen Einfluß und sein politisches Ansehen so sehr eingebüßt hat, daß er keine Männer austreiben kann, die ihm als Minister zu dienen bereit sind. Und doch giebt es keinerlei verfassungsmäßige Mittel, mit denen er zum Rücktritt zu zwingen wäre. Es ließ sich eben kein Gesetz finden, das elastisch genug gewesen wäre, um allen Schwankungen der öffentlichen Meinung in Frankreich zu genügen. Als 1849 die Verfassung beraten wurde, sah man die Wahl Ludwigs Napoleons voraus, und um ihm ein Verbleiben am Ruder unmöglich zu machen, wurde eine Klausel eingefügt, welche die Wiederwahl des Präsidenten nach Ablauf seiner vierjährigen Amtsperiode ausschloß. Als aber das Jahr 1852 sich näherte, war ganz Frankreich in Furcht und Aufregung. Die Konservativen fürchteten die Wahl eines Roten, und sie selbst vermochten sich auf keinen andern Präsidenten zu einigen als auf Napoleon, den bisherigen. Alle Welt in Frankreich petitionirte für Abänderung der Verfassung, die Generalräthe drangen darauf, und die Nationalversammlung begünstigte den Antrag, aber es bedurfte dazu einer Zweidrittelmehrheit derselben, und diese ließ sich nicht beschaffen. Das Land trieb infolge dessen einer Revolution oder einem Staatsstreich zu, und als Napoleon sich zu einem solchen entschloß, konnte er behaupten, er habe zwar die Verfassung verletzt, aber im Einklange mit dem Gefühle der ungeheuern Mehrheit der Franzosen, was schließlich durch die Plebiszite bestätigt wurde. Diese bewiesen, daß die Franzosen, hierin verschieden von ihren deutschen und englischen Nachbarn, sehr

wenig Achtung und Anhänglichkeit für die staatlichen Einrichtungen empfinden, die sie sich selbst gegeben haben. Revolutionäre, welche im Stadthause sich die Gewalt über den Staat anmaßen, Bonapartes, welche Parlamente durch Soldaten verjagen, Kommunisten, welche sich gegen die Republik verschwören, finden bald bereitwillige Vergebung ihrer Sünden. Die vollendete Thatsache wird hingenommen, was auch das Gesetz dagegen sagt, und der Insurgent, welcher der Kugel entflücht, kehrt nach kurzem zurück, um seine alte Rolle von neuem zu spielen. Das ganze Volk zeigt den Geist des Schulbuben, dem es Vergnügen macht, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen oder es als nicht vorhanden zu behandeln.

Nach den neuesten Nachrichten, die uns zukommen, während wir dies schreiben, ist Grevy jetzt entschlossen, abzutreten, und zwar durch eine Botschaft an die Kammern, welche das von ihm in Aussicht genommene neue Ministerium Ribot oder das bisherige in diesen Tagen einbringen sollte. Es wird dann der „Kongreß“ (Deputirtenkammer und Senat zu einer Körperschaft vereint) zusammentreten, um einen Nachfolger zu wählen. Wer das sein wird? Vielleicht, obwohl die Radikalen keinen Militär wollen, General Boulanger oder Saussier, schwerlich Clemenceau, der aber möglicherweise Ministerpräsident unter dem Neugewählten werden wird, schwerlich auch Ferry, eher Freycinet. Aber wie die Minister, so werden auch die Präsidenten der Republik fortan nicht lange regieren. Die friedliche Revolution, die jetzt im Gange ist, wird vermutlich dieselbe Eigenschaft zeigen, welche die gewalthätige zu Ende des vorigen Jahrhunderts hatte: sie wird bald nach einander alle ihre Kinder verschlingen, bis doch zuletzt ein Mann des Säbels der Gefräßigkeit ein Ende macht. Ein weiser Yankee hat den Rat gegeben: „Prophezeit nicht, ihr wüßtest's denn.“ Wir folgen dem in Betreff der Einzelheiten, vom Ganzen aber wissen wir, daß es von jetzt an mit ihm noch rascher bergab gehen wird als bisher.



Die katholischen Studentenverbindungen.

Von einem Katholiken.



aft auf allen deutschen Universitäten, Akademien und polytechnischen Hochschulen haben sich seit Entstehung der Zentrums-
partei Vereinigungen katholischer Studenten gebildet. Sie zer-
fallen, wie ein katholisches Blatt sagt, in katholische Studenten-
vereine und katholische Studentenverbindungen. Der Zweck beider
ist gleich, ihr Unterschied beruht nur in Nebensachen. So ist z. B. bei den